



Mittwoch, 2. Oktober 2024

Pressemitteilung

Noch eine Krise für tiefe Löhne!

Mit der Ankündigung des Voranschlags 2025 des Kantons Freiburg bedauert die FEDE die Sparmassnahmen gegenüber dem gesamten Staatspersonal. Selbst wenn die Gewährung der Gehaltsstufe für das kommende Jahr garantiert ist, wird dies sicherlich nicht den allgemeinen Anstieg der Lebenshaltungskosten und der obligatorischen Ausgaben auffangen können. Unter diesen Umständen erneuert die FEDE ihre Forderung nach einer Indexierung der Niedriglöhne, d.h. bis zur Lohnklasse 14. Auch wenn der Staatsrat sich als innovativ erweist, indem er die Erschwernis behandelt, werden diese geplanten Maßnahmen nicht dazu beitragen, das Einkommen von Personen in niedrig bezahlten Positionen zu erhöhen.

Im Gegensatz zu einigen Studien sind Niedriglöhne im öffentlichen Dienst vorhanden und betreffen eine bedeutende Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die fehlende Indexierung für diese Lohnklassen, die von einem erheblichen Kaufkraftverlust betroffen sind, ist bedauerlich, da unsere Regierung beim Budgetierungsverfahren keine Rücksicht auf sie genommen hat. Dabei fordert die FEDE seit drei Jahren konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Löhne für diese Zielgruppe.

Hätte der Appel der Sozialpartner und Gewerkschaften vom 4. Juli Gehör gefunden, um in die Ausarbeitung des angekündigten Sparprogramms einbezogen zu werden, hätte diese grundlegende Forderung zweifellos die Solidarität deutlich gemacht, die innerhalb des Staatspersonals gegenüber den am schlechtesten bezahlten Positionen herrscht. Es wäre auch klar geworden, dass Einsparungspotenziale durch die Priorisierung von Aufgaben und die Identifizierung von Verschwendung möglich sind. Doch der Staatsrat entscheidet, ohne die konstruktiven Vorschläge aus der Praxis zu berücksichtigen.

Wäre es in einem insgesamt besonders prekären Kontext nicht sinnvoll, einander zuzuhören, miteinander zu sprechen, sich auszutauschen, um einander zu verstehen und gemeinsam effiziente öffentliche Dienstleistungen zu schaffen? In diesem Sinne sei daran erinnert, dass der gesetzliche Rahmen, der im Gesetz über das Staatspersonal verankert ist, die Möglichkeit von Dialogen eröffnet, um Vertrauen zwischen dem Staat als Arbeitgeber und seinen Angestellten aufzubauen (Art. 123 StPG).

Angesichts dieser Elemente verpflichtet sich die FEDE, sich im nächsten Frühjahr klar zu dem geplanten Sanierungsprogramm zu positionieren, insbesondere wenn es sich auf die niedrig bezahlten Positionen auswirken sollte.

Kontakt: Isabelle Castella, Präsidentin der FEDE; Sophie Tritten, Generalsekretärin